

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer: 25 241.
Für die Nachgelieferung: 20 011.

Bezugs-Gebühr: 1. bis 15. September 1924 bei Hgl. monatlicher Zustellung drei Mark 1.50 Goldmark.
Anzeigen-Preise: 1. bis 15. September 1924 bei Hgl. monatlicher Zustellung drei Mark 1.50 Goldmark.
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 3. mal rechte Seite 20 Pfg. für quadrat 20 Pfg. Familienanzeigen und Stellenpläne ohne Rabatt 10 Pfg. außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamereile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Über mehr als 10 Pfg. Zusam. Anträge gegen Voranbezahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Martenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Giesch & Reichardt in Dresden.
Postfach - Konto 1068 Dresden.

Wachdruck nur mit amtlicher Quotenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltlich für die Redaktion zu senden nicht aufbewahrt.

Wohnungseinrichtungen
Germann Hohlfeld
Johannesstraße 19
Polstermöbel (sollt auch geschminkt in eigener Werkstatt gearbeitet)

Koffer
Einfach
Wassermantel 23

Leinenhaus F. A. Horn Dresden-A.
Ferdinandstraße 3
Daunendecken von M. 90.— an
Steppdecken, doppelseit. Satin, m. Wollfüllung, von M. 35.— an
Eigene Anfertigung Große Auswahl

Stresemann gegen Marx?

Dr. Luther appelliert an die Privatwirtschaft wegen des Preisabbaues. Der Kampf gegen die Kriegsschuldfrage — Deutschlands neue Kolonisationspläne gescheitert.

Das Reichskabinett desavouiert Dr. Stresemann.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 14. Sept. Ein Berliner demokratisches Monatsblatt veröffentlicht eine Aufschrift aus Zentrumskreisen, in der es heißt, daß die veridische Politik, die der Reichsaußenminister Stresemann seit seiner Rückkehr aus London betreibt, nicht nur bei den Demokraten und Sozialdemokraten, sondern bis tief hinein in die Reihen des Zentrums heftige Opposition erweckt. Es werde in Zentrumskreisen darauf hingewiesen, daß Stresemann gerade die Tage der Abwesenheit des Reichskanzlers benutzt habe, um die Politik des Kabinetts im Sinne seiner Vereinbarung mit den Führern der Deutschnationalen zu gestalten. Insbesondere werde es in Zentrumskreisen dem Außenminister sehr verübelt, daß er seine überraschenden Mitteltunungen an die Pressevertreter vorangetragen habe, ohne vorher sich mit dem Reichskanzler auch nur über die Grundzüge dieser Kurdenahme in Verbindung zu setzen.
Bei dem allgemeinen Mißtrauen, das durch die Rückkehr Stresemanns in allen Parteien wachgerufen worden sei, habe auch der Widerruf, den Herr Stresemann, als er die Wirkung seiner überlieferten Erklärungen erkannte, in einem Berliner Monatsblatt veröffentlicht, keinerlei Verhöhnung hervorgerufen. Man könne im Gegenteil sagen, daß im Zentrum, das diesmal durchaus geschlossen hinter seinem Führer, dem Reichskanzler, stehe, die Stimmung gegen Stresemann bis zur Entzweiung steige.
Wenn der Reichsaußenminister eine dem Reichskanzler entgegensetzende Politik treiben wolle, so hätte man erwarten dürfen, daß er seinen Ministerkollegen die kurze Urlaubzeit abgeben und nicht durch einen unerwarteten Vorstoß gegen Marx die Situation verschleierte. Da auch der Reichspräsident von Berlin sei, so handele es sich hier nicht nur um einen Reichskanzler, sondern auch gegen den Reichspräsidenten.

In Zentrumskreisen sehe man diesem Antriebsmittel mit großer Befriedigung zu und es könne schon jetzt gesagt werden, daß das Kabinett die Notifizierung der Kriegsschuldfrage nicht beschließen werde.
Ob Stresemann aus dieser Desavouierung seine Konsequenzen ziehen werde, siehe noch nicht fest. Wie die Stimmung augenblicklich im Zentrum, bei den Demokraten und den Sozialdemokraten sei, wäre eine Demission Stresemanns als die einfachste Lösung anzusehen.
Diese Auslassungen seien erneut, in welchem hohem Maße Dr. Stresemann sich die Feindschaft der deutschen Linkspolitiker ausgesprochen hat. Er selbst habe in seinen Ausführungen vor den Pressevertretern mit Nachdruck erklärt, daß weder zwischen ihm und dem Reichskanzler, noch irgend einem anderen leitenden Regierungsmittglied irgendwelche Differenzen beständen. Hier wird nun behauptet, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen Stresemann und Dr. Marx vorhanden wären. Anweisung diese Behauptung tatsächlich zutreffend ist, müße zunächst dahinstehen.

Die Berliner Presse über die Abschwächung der Erklärungen Dr. Stresemanns.

Nur die „Kreuzzeitung“, die „Vossische Zeitung“ und der „Vorwärts“ haben sich bis jetzt mit der gemeldeten Abschwächung der Erklärungen Stresemanns durch die „D. N.“ befaßt.
Die „Kreuzzeitung“ erklärt die Abschwächungen für bedenklich und fügt hinzu: „An Dr. Stresemann und der Deutschen Volkspartei wird es nun liegen, eine klare Stellung einzunehmen, ob sie gewillt sind, eine starke nationale Politik zu treiben. Erst dann kann die Frage einer Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung praktisch werden.“
Die „Vossische Zeitung“ bemerkt nur ganz kurz: „Mit diesen Erklärungen nähert sich Dr. Stresemann den Ansichten, die in der Presse der Mittelparteien zum Ausdruck kommen.“
Der „Vorwärts“ spottet weidlich: „Alles wieder anders! Es war nur ein Mißverständnis. Gestern 6 Uhr abends gab Herr Stresemann jene Erklärung ab, die von allen Korrespondenzbüros übereinstimmend wiedergegeben wurde und die heute die ganze deutsche Presse beschäftigt.“
Heute mittag 12 Uhr war aber auch schon die „D. N.“ am „Mittag“ gedruckt, die authentisch erklären kann, daß alles nur ein Mißverständnis gewesen sei.
Viel! Die Stenographen haben falsch stenografiert!
Also, Herr Stresemann ist durchaus nicht für eine sofortige Notifizierung, um Gottes willen nicht! Denn das könnte nicht nur eine große propagandistisch aufgelegene Gegenklärung Frankreichs, sondern auch praktische Retorsionsmaßnahmen, z. B. Verzögerung der Ruhräumung“ zur Folge haben. Stresemann denkt aber gar nicht an eine Notifizierung jetzt, sondern nur an eine „zu einem geeigneten Zeitpunkt im Zusammenhang mit anderen zu erwartenden Ereignissen und Vorgängen.“
Warten wir also die „Ereignisse und Vorgänge“ ab!
Also auch in Punkte Völkerbund, Mißverständnis, Mißverständnis! Stresemann verschließt sich durchaus nicht den „großen Vorteilen“ eines Eintritts, nur dürfte das nicht eine neue Anerkennung der deutschen Schuld am Arise bedeuten und die Gleichberechtigung Deutschlands müsse anerkannt werden.
Es ist also alles wieder in Butter.
Alles „Gerede von einer Krise“ ist total überflüssig. Man spreche von einer Krise wohl am meisten deshalb, weil man eine Krise wünsche, die vielleicht zur Reichstagsauflösung führen könne. Dies betrifft, wie es scheint, uns!
Darum sei in aller Ruhe gesagt: Wir freuen uns aufrichtig des Befreiungswunders, das sich über Nacht an Herrn Stresemann vollzogen hat. Aber die krisenhafte Ausprägung der Situation auf die Posse des „Vorwärts“ zurückzuführen, das heißt doch für die Betätigung der Phantasie keine Schranken mehr gelten lassen. Der Berliner Vertrau war doch einmal. Die Deutschnationalen sollten doch in die Regierung kommen, die Volkspartei, deren Führer Herr Stresemann ist, wolle doch „mit allen Mitteln“ dafür sorgen. Und Herr Marx sollte doch „mit allen Mitteln“ weh!
Jetzt ist die Einigkeit wieder herzustellen. Es wird nicht notifiziert, wenigstens „nicht gleich“ — warum denn drängeln? Marx bleibt, Stresemann bleibt, die Deutschnationalen kriegen nichts, die Krise ist abgeklaut.
Dieses Wunder hat sich binnen zwölf Stunden ereignet. Und nun heißt es aber abwarten, wie es nach weiteren zwölf Stunden sein wird!

Die Preisenkungsaktion der Reichsregierung.

Der Reichsfinanzminister über den Preisabbau.

Ein Appell an die Privatwirtschaft.
Der Reichsfinanzminister Dr. Luther gewährte einem Vertreter des V. V. eine Unterredung über die Preisabbauaktion. Die Unterredung verlief wie folgt:
Frage: „Welche Wirkungen versprechen Sie sich, Herr Reichsminister, von den heute morgen angekündigten Maßnahmen der Reichsregierung zur Erleichterung des Wirtschaftens?“
Dr. Luther: „Darauf muß ich Ihnen zunächst antworten, daß ich mir keine Wunderwünsche verspreche. Die Zeit der Illusionen ist vorbei. Jetzt muß die zähe, mühsame Wiederarbeit beginnen. Diese Wiederarbeit wird zweifellos allmählich Früchte tragen, und zwar dauerhafte Früchte. Die Leute freilich, die zu meinen schienen, nach Annahme der Weisung über das Londoner Abkommen werde bei uns sozusagen über Nacht ein riesiger wirtschaftlicher Aufschwung einsetzen, waren ebenso große Illusionisten, wie die anderen, die glaubten, wie hätten unser Leben als Wirtschaft und Volk aufrecht erhalten können, wenn wir das Londoner Abkommen ablehnten.“
Frage: „Sind die Voraussetzungen für den allmählichen Wiederaufbau nicht aber schon durch die Markstabilisierung im vorigen Herbst geschaffen worden?“
Dr. Luther: „Ja und nein! Ohne die Maßnahme des vorigen Herbstes und ohne die harten finanzpolitischen Eingriffe durch Steuererhöhungen und Ausgabenbeschränkungen, würde heute für den Wiederaufbau jede Grundlage fehlen. All das aber waren Notmaßnahmen Deutschlands mit den letzten Resten seiner eigenen Kraft, die durch den Rubreintritt an der wichtigsten Stelle abgebrochen und den Rubreintritt völlig aufgehebt war. Jetzt dagegen wird Deutschland nach dem Londoner Abkommen nach und nach wieder in den Besitz seiner eigenen Wirtschaftskraft kommen, soweit sie durch den Vertrag von Versailles ihm belassen ist. Das Verschwinden der Binneninflation im Westen ist der erste Schritt nach dieser Richtung. Die Rückübertragung der ganzen Zollverwaltung des besetzten Gebietes an die deutsche Regierung wird folgen, ebenso die Wiedervereinigung des Eisenbahnnetzes und andere Wiederherstellungsmaßnahmen.“
Von besonderer Wichtigkeit wird die Wiederzulassung der vertieften Beamten und damit die Wiedererrichtung einer unabhängigen deutschen Verwaltung auch im besetzten Gebiet sein. Außerdem aber wird Deutschland jetzt wieder eine Wäh-

rung erhalten, die, um mich so auszudrücken, die internationale Währungsfrage löst. Deutschland braucht die Goldwährung, weil es seine Bevölkerung nicht aus dem eigenen Boden ernähren kann, und deshalb auf den internationalen Wirtschaftsverkehr angewiesen ist. Auf der Grundlage dieser Währung, die wegen ihrer internationalen Anerkennung in sich fester ist als die Rentenmark, wird es für die Wirtschaft möglich sein, Kredite in größerem Umfang zu erhalten als bisher.“
Frage: „Wenn Sie von diesen allgemeinen Gesichtspunkten ausgehen, so können die Maßnahmen, die die Reichsregierung soeben bekanntgegeben hat, doch nur erste Schritte auf der Bahn des Wiederaufbaues darstellen, nur sozusagen einen Keil, der ins Wirtschaftswunder hineingetrieben wird?“
Dr. Luther: „Diese Bemerkung ist völlig richtig. Aus der Bekanntmachung der Reichsregierung klingt deutlich heraus, wieviel davon abhängt, daß der Welt, in dem diese Schritte der Reichsregierung getan sind, nun recht schnell Allgemeinart des deutschen Volkes wird.“
Die ganze Wirtschaft muß im gleichen Sinne handeln. Im ganzen öffentlichen Leben muß der Grundcharakter größter Sparamkeit gelten. Wir müssen den Zahlentaukel der Inflation nun endgültig hinter uns lassen. Es muß in der ganzen Wirtschaft wieder heißen: Großer Umfatz, kleiner Nutzen.“
Sollten etwa auch jetzt noch Zwischenglieder des Wirtschaftens die Preise senken, hat die Mehrheit der Preisenkung dem Verbraucher zuzuführen, so würde das sehr bedenkliche Folgen zeitigen. Auch die Reichsregierung selbst wird, sobald nur irgend möglich, alle sonst noch erforderlichen Schritte tun.“
Besonders im Steuerwesen wird der Reichsfinanzminister dem Reichstag Weisung vorlegen, die eine neue Durchbildung des Steuerwesens im Reich, Ländern und Gemeinden bezwecken und versuchen, die schwere Steuerbelastung, die unser Volk trotz seiner Armut tragen muß, so gerecht und so wenig wirtschaftshemmend wie möglich zu verteilen und dadurch so leicht wie möglich zu machen. Die heute angekündigten Schritte der Reichsregierung aber müssen sofort unternommen werden, wurden auch von der Wirtschaft selbst ersehnt. So ungeheuer schwer die Lasten des Londoner Abkommens auch sind, und so bebarlich und ernst wir auch fortgesetzt daran arbeiten müssen, die Durchführung des Sachverhandlungsausschusses für uns tragbar zu gestalten, so wollen wir doch ohne Hörens unsere volle Kraft an den Wiederaufbau Deutschlands und damit Europas setzen.“

Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 14. September. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses hatte gestern eine Besprechung mit dem Reichsaußenminister Stresemann über die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen, da zunächst die Beschlüsse des Reichskabinetts abgewartet werden sollen. Voraussichtlich tritt der Ausschuss Mitte kommender Woche zusammen.

Der deutsche Kolonisationsplan auf Neu-Guinea gescheitert!

Daag, 13. Sept. Der Herzog von Mecklenburg-Schwerin, ein Bruder des holländischen Prinzgemahls, hatte sich an die Regierung von Niederländisch-Indien gewandt, ihm die Erlaubnis für die Errichtung einer deutschen Pflanzkolonie auf Neu-Guinea zu erteilen. Zur Führung der Verhandlungen war als Vertreter des Herzogs ein Bruder des vor kurzem verstorbenen Reichstagsabgeordneten Dr. Hefferich nach Patavia gereist. Jetzt trifft die Nachricht ein, daß die Regierung von Niederländisch-Indien Herrn Hefferich endgültig mitgeteilt hat, daß die Konzession für eine Pflanzanlage auf Neu-Guinea nicht erteilt werden könne.
Damit ist ein großartiges Unternehmen gescheitert, über das seinerzeit in den „Dresdner Nachrichten“ eingehend berichtet wurde.